

Gesetzentwurf

der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 18. Januar 2023
zur Änderung des Abkommens vom 14. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Schweden
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
bei den Steuern vom Einkommen
und vom Vermögen
sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern
und zur Leistung
gegenseitigen Beistands bei den Steuern
(Deutsch-schwedisches Steuerabkommen)**

A. Problem und Ziel

Das Mehrseitige Übereinkommen vom 24. November 2016 zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Multilaterales Instrument – MLI) (BGBl. 2020 II S. 946, 947) wurde am 7. Juni 2017 durch die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet und ist für die Bundesrepublik Deutschland am 1. April 2021 in Kraft getreten. Ziel ist es, die abkommensbezogenen Empfehlungen des gemeinsamen Projekts der OECD und der G20 zur Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (OECD (2013) Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting – BEPS) – insbesondere des Mindeststandards in Aktionspunkt 6 (Vermeidung von Abkommensmissbrauch) und 14 (Verbesserung der Streitbeilegung) – in die zwischen den beigetretenen Staaten bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zu implementieren. Für die Wirkung des MLI ist jedoch entscheidend, welche Auswahlentscheidungen die einzelnen Unterzeichnerstaaten getroffen haben und inwieweit eine Übereinstimmung der Auswahlentscheidungen im jeweiligen bilateralen Verhältnis vorliegt („matching“).

Fristablauf: 16. 06. 23

Alternativ können die Inhalte des Multilateralen Instruments im Wege bilateraler Protokolle zur Änderung des bestehenden Abkommens umgesetzt werden. Mit Schweden wurde vereinbart, die Ergebnisse der Auswahlentscheidungen zum MLI zwischen Deutschland und Schweden nicht mittels des MLI selbst, sondern über ein bilaterales Änderungsprotokoll umzusetzen. Das Abkommen vom 14. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern (Deutsch-schwedisches Steuerabkommen) (BGBl. 1994 II S. 686, 687) wurde daher aus dem Geltungsbereich des MLI ausgenommen.

Darüber hinaus sollen mit diesem Protokoll weitere Anpassungen des Abkommens vom 14. Juli 1992 an den derzeitigen internationalen Standard, die aktuelle deutsche Verhandlungspolitik und an zwischenzeitliche Änderungen des jeweiligen rein nationalen Rechts vorgenommen werden.

B. Lösung

Das Änderungsprotokoll vom 18. Januar 2023 fügt die sich aus der Übereinstimmung der Auswahlentscheidungen zum MLI ergebenden Regelungen in das Abkommen vom 14. Juli 1992 ein und nimmt erforderliche Anpassungen und Änderungen an den bestehenden Regelungen vor. Darüber hinaus erfolgen weitere Anpassungen an den derzeitigen internationalen Standard, die aktuelle deutsche Verhandlungspolitik und an zwischenzeitliche Änderungen des jeweiligen rein nationalen Rechts.

Mit dem vorliegenden Vertragsgesetz soll das Änderungsprotokoll die für die Ratifikation erforderliche Zustimmung der gesetzgebenden Körperschaften erlangen.

C. Alternativen

Keine.

Deutschland und Schweden haben sich darauf verständigt, die Inhalte des MLI im Wege eines bilateralen Protokolls zur Änderung des bestehenden Abkommens umzusetzen. Daher haben beide Staaten bei Ratifikation des MLI das Abkommen vom 14. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern (Deutsch-schwedisches Steuerabkommen) (BGBl. 1994 II S. 686, 687) nicht als vom MLI erfasstes Doppelbesteuerungsabkommen („covered tax agreement“) aufgeführt. Eine Umsetzung der Inhalte dieses Änderungsprotokolls über das MLI selbst kommt daher nicht mehr in Betracht.

D. Haushaltsausgaben ohne Erfüllungsaufwand

Die Maßnahmen dienen der Sicherung des Steueraufkommens.

Der Mehrbedarf für das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt, Kapitel 0815) beträgt für die Jahre 2024 bis 2027 insgesamt 257 737 Euro, die sich wie folgt verteilen:

Kapitel	HH-Jahr	2024	2025	2026	2027
	Titel	in €			
0815	Tit. 422 01	21 982	43 963	43 963	43 963
	Tit. 511 01	5 786	11 572	11 572	11 572
	Tit. 812 01	2 893	5 786	5 786	5 786
Summe		30 661	61 321	61 321	61 321
0811	Tit. 634 03	6 159	12 318	12 318	12 318
Summe Epl. 08/HH-Jahr		36 820	73 639	73 639	73 639
anteiliger Umstellungsaufwand					
anteiliger laufender Aufwand		36 820	73 639	73 639	73 639
Gesamtsumme Epl. 08		257 737			

Der Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln soll finanziell und stellenmäßig im Einzelplan 08 ausgeglichen werden.

Der Mehrbedarf des BZSt ergibt sich aus der Einführung einer allgemeinen Missbrauchsvermeidungsklausel in Artikel 17 Absatz 5 des dem Vertragsgesetz zugrundeliegenden Protokolls, den sogenannten Principal Purpose Test (PPT).

E. Erfüllungsaufwand

E.1 Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger

Es ist davon auszugehen, dass durch das Vertragsgesetz kein eigenständiger Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger begründet wird.

E.2 Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft

Es ist davon auszugehen, dass durch das Vertragsgesetz kein eigenständiger Erfüllungsaufwand für die Wirtschaft begründet wird. Informationspflichten für die Wirtschaft werden weder eingeführt noch verändert oder abgeschafft.

E.3 Erfüllungsaufwand der Verwaltung

Es ist davon auszugehen, dass für die Steuerverwaltung des Bundes aufgrund der Einführung einer allgemeinen Missbrauchsvermeidungsklausel in Artikel 17 Absatz 5 des dem Vertragsgesetz zugrundeliegenden Protokolls, den sogenannten Principal Purpose Test (PPT), ein laufender Erfüllungsaufwand in gleicher Höhe wie unter dem unter D. angegebenen Mehrbedarf für das Bundeszentralamt für Steuern entsteht. Für die Steuerverwaltungen der Länder wird kein eigenständiger Erfüllungsaufwand begründet.

F. Weitere Kosten

Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine unmittelbaren, direkten Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere das Verbraucherpreisniveau, sind von dem Gesetz nicht zu erwarten.

Gesetzentwurf
der Bundesregierung

**Entwurf eines Gesetzes
zu dem Protokoll vom 18. Januar 2023
zur Änderung des Abkommens vom 14. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Schweden
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung
bei den Steuern vom Einkommen
und vom Vermögen
sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern
und zur Leistung
gegenseitigen Beistands bei den Steuern
(Deutsch-schwedisches Steuerabkommen)**

Bundesrepublik Deutschland
Der Bundeskanzler

Berlin, den 5. Mai 2023

An den
Präsidenten des Bundesrates

Hiermit übersende ich gemäß Artikel 76 Absatz 2 des Grundgesetzes den von der Bundesregierung beschlossenen

Entwurf eines Gesetzes zu dem Protokoll vom 18. Januar 2023 zur Änderung des Abkommens vom 14. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern (Deutsch-schwedisches Steuerabkommen)

mit Begründung und Vorblatt.

Federführend ist das Bundesministerium der Finanzen.

Olaf Scholz

Gesetzentwurf der Bundesregierung

Entwurf

Gesetz

zu dem Protokoll vom 18. Januar 2023 zur Änderung des Abkommens vom 14. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern (Deutsch-schwedisches Steuerabkommen)

Vom

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Stockholm am 18. Januar 2023 unterzeichneten Protokoll zur Änderung des Abkommens vom 14. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern (Deutsch-schwedisches Steuerabkommen) (BGBl. 1994 II S. 686, 687) wird zugestimmt. Das Protokoll wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tag nach der Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Protokoll nach seinem Artikel 22 Absatz 2 Satz 1 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Begründung zum Vertragsgesetz

Zu Artikel 1

Auf das Protokoll ist Artikel 59 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes anzuwenden, da es einen Vertrag ändert, der sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht.

Die Zustimmung des Bundesrates ist nach Artikel 105 Absatz 3 des Grundgesetzes erforderlich, da das Aufkommen aus den durch das Protokoll betroffenen Steuern gemäß Artikel 106 Absatz 3, 5 und 6 des Grundgesetzes ganz oder zum Teil den Ländern oder den Gemeinden zusteht.

Darüber hinaus ist die Zustimmung des Bundesrates nach Artikel 108 Absatz 5 Satz 2 des Grundgesetzes erforderlich, da das Protokoll Verfahrensregelungen enthält, die sich auch an die Landesfinanzbehörden richten.

Zu Artikel 2

Die Bestimmung des Absatzes 1 entspricht dem Erfordernis des Artikels 82 Absatz 2 Satz 1 des Grundgesetzes.

Nach Absatz 2 ist der Zeitpunkt, in dem das Protokoll nach seinem Artikel 22 Absatz 2 Satz 1 in Kraft tritt, im Bundesgesetzblatt bekannt zu geben.

Schlussbemerkung

Mit dem Vertragsgesetz erfolgt die Umsetzung des am 18. Januar 2023 unterzeichneten Protokolls zur Änderung des Abkommens vom 14. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern (Deutsch-schwedisches Steuerabkommen) (BGBl. 1994 II S. 686, 687). Schwerpunkt des Protokolls ist die Umsetzung des Mindeststandards des gemeinsamen Projekts der OECD und der G20 zur Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (OECD (2013) Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting – BEPS) zur Vermeidung von Abkommensmissbrauch, die Umsetzung des sogenannten „Authorized OECD Approach“ zur Anwendung des Fremdvergleichsgrundsatzes auf die grenzüberschreitende Aufteilung der Gewinne zwischen einer Betriebsstätte und dem Unternehmen sowie die Anpassung der Bestimmungen zum zwischenstaatlichen Informationsaustausch an den derzeitigen internationalen Standard.

Das Vertragsgesetz steht im Einklang mit den Leitgedanken der Bundesregierung zur nachhaltigen Entwicklung im Sinne der Deutschen Nachhaltigkeitsstrategie, die der Umsetzung der Resolution Nr. 70/1 vom 25. September 2015 der Generalversammlung der Vereinten Nationen zur Transformation unserer Welt: die Agenda 2030 für nachhaltige Entwicklung (A/RES/70/1) dient. Es trägt insbesondere zur ökonomischen Dimension der Nachhaltigkeit bei.

Die Bundesregierung misst den Erfolg ihrer Bemühungen um eine nachhaltige Entwicklung anhand von bestimmten Indikatoren und darauf bezogenen Zielen, die sich in ihrer Systematik an den globalen Zielen für nachhaltige Entwicklung (Nachhaltigkeitsziele) der Vereinten Nationen orientieren. Das Gesetz dient der nachhaltigen Entwicklung, da mit dem Protokoll die Nachhaltigkeitsziele 10 („Ungleichheit in und zwischen Ländern verringern“) und 17 („Umsetzungsmittel stärken und die Globale Partnerschaft für nachhaltige Entwicklung mit neuem Leben erfüllen“) unterstützt werden.

Entsprechend des Nachhaltigkeitszieles 10 leisten Steuern einen Beitrag, um Einkommensungleichheit zu verringern. Steuerverkürzung oder -umgehung bedroht die Effektivität dieses Ausgleichs. Die Umsetzung der BEPS-Empfehlungen, auch durch das hier vorliegende Protokoll, ist ein wesentlicher Baustein zur Schließung von Steuerschlupflöchern und für eine faire globale Besteuerung.

Entsprechend des Nachhaltigkeitszieles 17 trägt die Umsetzung der BEPS-Empfehlungen zudem dazu bei, die internationale Zusammenarbeit im Bereich der Besteuerung zu verbessern und die Kapazitäten zur Erhebung von Steuern zu verbessern.

Dabei unterstützt das Vorhaben die folgenden Indikatorenbereiche: 8.2a (Staatsverschuldung) und 8.4 (Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit). Eine Nachhaltigkeitsrelevanz bezüglich anderer Indikatoren ist nicht gegeben.

Die Maßnahme dient der Sicherung des Steueraufkommens.

Der Mehrbedarf für das Bundeszentralamt für Steuern (BZSt, Kapitel 0815) beträgt für die Jahre 2024 bis 2027 insgesamt 257 737 Euro, die sich wie folgt verteilen:

Kapitel	HH-Jahr	2024	2025	2026	2027
	Titel	in €			
0815	Tit. 422 01	21 982	43 963	43 963	43 963
	Tit. 511 01	5 786	11 572	11 572	11 572
	Tit. 812 01	2 893	5 786	5 786	5 786
Summe		30 661	61 321	61 321	61 321
0811	Tit. 634 03	6 159	12 318	12 318	12 318
Summe Epl. 08/HH-Jahr		36 820	73 639	73 639	73 639
anteiliger Umstellungsaufwand					
anteiliger laufender Aufwand		36 820	73 639	73 639	73 639
Gesamtsumme Epl. 08		257 737			

Der Mehrbedarf an Sach- und Personalmitteln soll finanziell und stellenmäßig im Einzelplan 08 ausgeglichen werden.

Der Mehrbedarf des BZSt ergibt sich aus der Einführung einer allgemeinen Missbrauchsvermeidungsklausel in Artikel 17 Absatz 5 des dem Vertragsgesetz zugrundeliegenden Protokolls, den sogenannten Principal Purpose Test (PPT).

Es ist davon auszugehen, dass durch das Vertragsgesetz kein eigenständiger Erfüllungsaufwand für die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft begründet wird. Informationspflichten für die Wirtschaft werden weder eingeführt noch verändert oder abgeschafft. Es ist davon auszugehen, dass für die Steuerverwaltung des Bundes aufgrund der Einführung einer allgemeinen Missbrauchsvermeidungsklausel in Artikel 17 Absatz 5 des dem Vertragsgesetz zugrundeliegenden Protokolls, den sogenannten Principal Purpose Test (PPT), ein laufender Erfüllungsaufwand in gleicher Höhe wie dem zuvor angegebenen Mehrbedarf für das Bundeszentralamt für Steuern entsteht. Für die Steuerverwaltungen der Länder wird kein eigenständiger Erfüllungsaufwand begründet.

Unternehmen, insbesondere den mittelständischen Unternehmen, entstehen durch dieses Gesetz keine unmittelbaren, direkten Kosten. Auswirkungen auf Einzelpreise und das Preisniveau, insbesondere auf das Verbraucherpreisniveau, sind von diesem Gesetz nicht zu erwarten.

Da der dem Vertragsgesetz zugrundeliegende völkerrechtliche Vertrag keine Befristung seiner Anwendung enthält, kommt eine Befristung des Vertragsgesetzes nicht in Betracht. Einer Evaluation des Vertragsgesetzes bedarf es nicht, da der dem Vertragsgesetz zugrundeliegende völkerrechtliche Vertrag nur durch einen weiteren bilateralen völkerrechtlichen Vertrag geändert oder durch dessen Kündigung einseitig beendet werden könnte.

Protokoll
zur Änderung des Abkommens vom 14. Juli 1992
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Schweden
zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen
sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen
Beistands bei den Steuern
(Deutsch-schwedisches Steuerabkommen)

Protokoll
om ändring i avtalet av den 14 juli 1992
mellan Förbundsrepubliken Tyskland
och Konungariket Sverige
för att undvika dubbelbeskattning beträffande skatter på inkomst och förmögenhet
och på arv och gåva samt för att lämna ömsesidig handräckning vid beskattning
(Tysk-svenskt skatteavtal)

Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Schweden –

Förbundsrepubliken Tyskland
och
Konungariket Sverige,

von dem Wunsch geleitet, das Abkommen vom 14. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern (Deutsch-schwedisches Steuerabkommen) (im Folgenden als „Abkommen“ bezeichnet) zu ändern –

som önskar ändra avtalet av den 14 juli 1992 mellan Förbundsrepubliken Tyskland och Konungariket Sverige för att undvika dubbelbeskattning beträffande skatter på inkomst och förmögenhet och på arv och gåva samt för att lämna ömsesidig handräckning vid beskattning (Tysk-svenskt skatteavtal) (i det följande benämnt „avtalet“),

sind wie folgt übereingekommen:

har kommit överens om följande:

Artikel 1

Der Titel des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und dem Königreich Schweden
zur Beseitigung der Doppelbesteuerung
auf dem Gebiet der Steuern
vom Einkommen und vom Vermögen
sowie zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung“

Artikel 2

Die Präambel des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Die Bundesrepublik Deutschland
und
das Königreich Schweden –

von dem Wunsch geleitet, ihre wirtschaftlichen Beziehungen weiterzuentwickeln und ihre Zusammenarbeit in Steuersachen zu vertiefen,

Artikel 1

Avtalets titel utgår och ersätts av följande:

“Avtal
mellan Förbundsrepubliken Tyskland
och Konungariket Sverige
för undvikande av dubbelbeskattning
beträffande skatter på inkomst
och på förmögenhet samt förhindrande
av skatteflykt och skatteundandragande”

Artikel 2

Avtalets ingress utgår och ersätts av följande:

“Förbundsrepubliken Tyskland
och
Konungariket Sverige,

som önskar att ytterligare utveckla sina ekonomiska förbindelser och fördjupa sitt samarbete i skattefrågor,

in der Absicht, auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen eine Doppelbesteuerung zu beseitigen, ohne Möglichkeiten zur Nicht- oder Niedrigbesteuerung durch Steuerverkürzung oder -umgehung (unter anderem durch missbräuchliche Gestaltungen mit dem Ziel des Erhalts von in diesem Abkommen vorgesehenen Erleichterungen zum mittelbaren Nutzen von in Drittstaaten ansässigen Personen) zu schaffen –

sind wie folgt übereingekommen:“

Artikel 3

Artikel 1 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 1

Unter das Abkommen fallende Personen

(1) Dieses Abkommen gilt für Personen, die in einem Vertragsstaat oder in beiden Vertragsstaaten ansässig sind.

(2) Im Sinne dieses Abkommens gelten Einkünfte, die von Rechtsträgern oder Gebilden oder über Rechtsträger oder Gebilde bezogen werden, die nach dem Steuerrecht eines der Vertragsstaaten als vollständig oder teilweise steuerlich transparent behandelt werden, als Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, jedoch nur, soweit die Einkünfte für Zwecke der Besteuerung durch diesen Staat als Einkünfte einer in diesem Staat ansässigen Person behandelt werden.“

Artikel 4

Artikel 2 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 2

Unter das Abkommen fallende Steuern

(1) Dieses Abkommen gilt, ohne Rücksicht auf die Art der Erhebung, für Steuern vom Einkommen und vom Vermögen, die für Rechnung eines Vertragsstaats oder seiner Gebietskörperschaften erhoben werden.

(2) Als Steuern vom Einkommen und vom Vermögen gelten alle Steuern, die vom Gesamteinkommen, vom Gesamtvermögen oder von Teilen des Einkommens oder des Vermögens erhoben werden, einschließlich der Steuern vom Gewinn aus der Veräußerung beweglichen oder unbeweglichen Vermögens sowie der Steuern vom Vermögenszuwachs.

(3) Zu den Steuern, für die das Abkommen gilt, gehören

a) in der Bundesrepublik Deutschland

- 1) die Einkommensteuer,
- 2) die Körperschaftsteuer,
- 3) die Gewerbesteuer und
- 4) die Vermögensteuer,

einschließlich der hierauf erhobenen Zuschläge (im Folgenden als „deutsche Steuer“ bezeichnet);

b) in Schweden

- 1) die staatliche Einkommensteuer (den statliga inkomstskatten),
- 2) die Abzugsteuer auf Dividenden (kupongskatten),
- 3) die Einkommensteuer für beschränkt Steuerpflichtige (den särskilda inkomstskatten för utomlands bosatta),
- 4) die Einkommensteuer für beschränkt steuerpflichtige Künstler und Sportler (den särskilda inkomstskatten för utomlands bosatta artister m.fl.),

som avser att undvika dubbelbeskattning beträffande skatter på inkomst och på förmögenhet utan att skapa förutsättningar för icke-beskattning eller minskad skatt genom skatteflykt eller skatteundandragande (däri inbegripet genom så kallad “treaty shopping”, som syftar till att personer med hemvist i en stat som inte är part till detta avtal indirekt ska få förmåner enligt detta avtal),

har kommit överens om följande:”

Artikel 3

Artikel 1 i avtalet utgår och ersätts av följande:

“Artikel 1

Personer på vilka avtalet tillämpas

1. Detta avtal tillämpas på personer som har hemvist i en avtalsslutande stat eller i båda avtalsslutande staterna.

2. Vid tillämpningen av detta avtal ska inkomst som förvärvas av eller genom en sammanslutning eller ett arrangemang, som enligt skattelagstiftningen i någon av de avtalsslutande staterna helt eller delvis är föremål för delägarbeskattning, anses förvärvad av en person med hemvist i en avtalsslutande stat till den del som inkomsten enligt skattelagstiftningen i den staten behandlas som inkomst hos en person med hemvist i staten i fråga.”

Artikel 4

Artikel 2 i avtalet utgår och ersätts av följande:

“Artikel 2

Skatter som omfattas av avtalet

1. Detta avtal ska tillämpas på skatter på inkomst och på förmögenhet som påförs för en avtalsslutande stats, dess politiska underavdelningars eller lokala myndigheters räkning, oberoende av det sätt på vilket skatterna tas ut.

2. Med skatter på inkomst och på förmögenhet förstås alla skatter som tas ut på inkomst eller förmögenhet i dess helhet eller på delar av inkomst eller förmögenhet, däri inbegripet skatter på vinst på grund av överlåtelse av lös eller fast egendom, samt skatter på värdestegring.

3. De skatter på vilka detta avtal tillämpas är:

a) i Förbundsrepubliken Tyskland:

- 1) inkomstskatten (die Einkommensteuer),
- 2) bolagsskatten (die Körperschaftsteuer),
- 3) näringskatten (die Gewerbesteuer), och
- 4) förmögenhetsskatten (die Vermögensteuer),

däri inbegripet de tillägg som tas ut därpå (i det följande benämnd “tysk skatt”),

b) i Sverige:

- 1) den statliga inkomstskatten,
- 2) kupongskatten,
- 3) den särskilda inkomstskatten för utomlands bosatta,
- 4) den särskilda inkomstskatten för utomlands bosatta artister m.fl.,

5) die Gemeindeeinkommensteuer (den kommunala inkomstskatten) und

6) die Vermögensteuer (statlig förmögenhetsskatt)

(im Folgenden als „schwedische Steuer“ bezeichnet).

(4) Das Abkommen gilt auch für alle Steuern gleicher oder im Wesentlichen ähnlicher Art, die nach der Unterzeichnung des Abkommens neben den in Absatz 3 genannten Steuern oder an deren Stelle erhoben werden. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten teilen einander die in ihren Steuergesetzen eingetretenen bedeutsamen Änderungen mit.“

Artikel 5

(1) Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„a) umfasst der Ausdruck „Bundesrepublik Deutschland“, wenn im geographischen Sinn verwendet, das Hoheitsgebiet der Bundesrepublik Deutschland sowie das an das Küstenmeer angrenzende Gebiet des Meeresbodens, seines Untergrunds und der darüberliegenden Wassersäule, in dem die Bundesrepublik Deutschland in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht und ihren innerstaatlichen Rechtsvorschriften souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse zum Zweck der Erforschung, Ausbeutung, Erhaltung und Bewirtschaftung der lebenden und nicht lebenden natürlichen Ressourcen oder zur Energieerzeugung aus erneuerbaren Energieträgern ausübt;“

(2) Artikel 3 Absatz 1 Buchstabe b des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„b) bedeutet der Ausdruck „Schweden“ das Königreich Schweden und umfasst, wenn im geographischen Sinn verwendet, das Staatsgebiet, das Küstenmeer Schwedens sowie sonstige Meeresgebiete, in denen Schweden nach dem Völkerrecht souveräne Rechte oder Hoheitsbefugnisse ausübt;“

(3) Artikel 3 Absatz 1 Buchstaben i bis k des Abkommens werden gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„i) bedeutet der Ausdruck „Staatsangehöriger“

1) in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes für die Bundesrepublik Deutschland und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in der Bundesrepublik Deutschland geltenden Recht errichtet worden sind;

2) in bezug auf Schweden alle natürlichen Personen, die die schwedische Staatsangehörigkeit besitzen und alle juristischen Personen, Personengesellschaften und anderen Personenvereinigungen, die nach dem in Schweden geltenden Recht errichtet worden sind;

j) bedeutet der Ausdruck „zuständige Behörde“

1) in der Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister der Finanzen oder die Behörde, an die er seine Befugnisse delegiert hat;

2) in Schweden den Finanzminister, seinen Bevollmächtigten oder die Behörde, an die er seine Befugnisse delegiert hat.“

(4) Artikel 3 Absatz 2 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(2) Bei der Anwendung des Abkommens durch einen Vertragsstaat hat, wenn der Zusammenhang nichts anderes erfordert, jeder im Abkommen nicht definierte Ausdruck die Bedeutung, die ihm im Anwendungszeitraum nach dem Recht dieses Staates über die Steuern zukommt, für die das Abkommen gilt, wobei die Bedeutung nach dem in diesem Staat anzuwendenden Steuerrecht den Vorrang vor einer Bedeutung hat, die der Ausdruck nach anderem Recht dieses Staates hat.“

5) den kommunala inkomstskatten, och

6) statlig förmögenhetsskatt

(i det följande benämnd „svensk skatt“).

4. Avtalet tillämpas även på skatter av samma eller i huvudsak likartat slag, som efter undertecknandet av avtalet tas ut vid sidan av eller i stället för de skatter som anges i punkt 3. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna ska meddela varandra de väsentliga ändringar som gjorts i deras skattelagstiftning.”

Artikel 5

1. Artikel 3 punkt 1 a) i avtalet utgår och ersätts av följande:

“a) ”Förbundsrepubliken Tyskland” åsyftar, när uttrycket används i geografisk betydelse, såväl Förbundsrepubliken Tysklands territorium som den del av havsbotten, dess underlag och överliggande vatten i anslutning till territorialhavet, över vilka Förbundsrepubliken Tyskland i överensstämmelse med folkrätten och sin interna lagstiftning utövar suveräna rättigheter eller jurisdiktion i syfte att utforska, utnyttja, bevara eller kontrollera såväl levande som icke-levande naturtillgångar eller för att producera energi från förnybara energikällor,”

2. Artikel 3 punkt 1 b) i avtalet utgår och ersätts av följande:

“b) ”Sverige” åsyftar Konungariket Sverige och, när uttrycket används i geografisk betydelse, innefattar Sveriges territorium, Sveriges territorialhav och andra havsområden över vilka Sverige i överensstämmelse med folkrättens regler utövar suveräna rättigheter eller jurisdiktion,”

3. Artikel 3 punkt 1 i)–k) i avtalet utgår och ersätts av följande:

“i) ”medborgare” åsyftar

1) i fråga om Förbundsrepubliken Tyskland, alla tyskar i den betydelse detta uttryck har i Förbundsrepubliken Tysklands grundlag och alla juridiska personer, handelsbolag eller andra personsammanslutningar som bildats enligt den lagstiftning som gäller i Förbundsrepubliken Tyskland,

2) i fråga om Sverige, alla fysiska personer som är svenska medborgare och alla juridiska personer, handelsbolag eller andra personsammanslutningar som bildats enligt den lagstiftning som gäller i Sverige,

j) ”behörig myndighet” åsyftar

1) i Förbundsrepubliken Tyskland, den federala finansministern eller den myndighet till vilken denne har delegerat sina befogenheter,

2) i Sverige, finansministern, dennes befullmäktigade ombud eller den myndighet till vilken denne har delegerat sina befogenheter.”

4. Artikel 3 punkt 2 i avtalet utgår och ersätts av följande:

“2. Då en avtalsslutande stat tillämpar avtalet vid någon tidpunkt anses, såvida inte sammanhanget föranleder annat, varje uttryck som inte definierats i avtalet ha den betydelse som uttrycket har vid denna tidpunkt enligt den statens lagstiftning i fråga om sådana skatter på vilka avtalet tillämpas, och den betydelse som uttrycket har enligt tillämplig skattelagstiftning i denna stat äger företräde framför den betydelse uttrycket ges i annan lagstiftning i denna stat.”

Artikel 6

Artikel 4 Absatz 1 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeutet der Ausdruck ‚in einem Vertragsstaat ansässige Person‘ eine Person, die nach dem Recht dieses Staates dort aufgrund ihres Wohnsitzes, ihres ständigen Aufenthalts, des Ortes ihrer Geschäftsleitung oder eines anderen ähnlichen Merkmals steuerpflichtig ist, und umfasst auch diesen Staat und jede seiner Gebietskörperschaften. Der Ausdruck umfasst jedoch nicht eine Person, die in diesem Staat nur mit Einkünften aus Quellen in diesem Staat oder mit in diesem Staat gelegenen Vermögen steuerpflichtig ist.“

Artikel 7

Artikel 7 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 7**Unternehmensgewinne**

(1) Gewinne eines Unternehmens eines Vertragsstaats können nur in diesem Staat besteuert werden, es sei denn, das Unternehmen übt seine Geschäftstätigkeit im anderen Vertragsstaat durch eine dort gelegene Betriebsstätte aus. Übt das Unternehmen seine Geschäftstätigkeit auf diese Weise aus, so können die Gewinne, die der Betriebsstätte in Übereinstimmung mit Absatz 2 zugerechnet werden können, im anderen Staat besteuert werden.

(2) Im Sinne dieses Artikels und des Artikels 23 handelt es sich bei den Gewinnen, die in jedem Vertragsstaat einer in Absatz 1 genannten Betriebsstätte zugerechnet werden können, um die Gewinne, welche die Betriebsstätte, insbesondere in ihren wirtschaftlichen Beziehungen mit anderen Teilen des Unternehmens, voraussichtlich erzielen würde, wenn sie ein selbständiges und unabhängiges Unternehmen wäre, das die gleichen oder ähnlichen Tätigkeiten unter den gleichen oder ähnlichen Bedingungen ausübt, unter Berücksichtigung der von dem Unternehmen durch die Betriebsstätte und durch die anderen Teile des Unternehmens ausgeübten Funktionen, genutzten Vermögenswerte und übernommenen Risiken.

(3) Wenn in Übereinstimmung mit Absatz 2 ein Vertragsstaat die Gewinne, die der Betriebsstätte eines Unternehmens eines Vertragsstaats zugerechnet werden können, berichtigt und Gewinne des Unternehmens entsprechend besteuert, die bereits im anderen Staat besteuert wurden, wird der andere Vertragsstaat, soweit zur Beseitigung einer Doppelbesteuerung dieser Gewinne erforderlich, eine entsprechende Änderung vornehmen, wenn er der Berichtigung des erstgenannten Staates zustimmt; stimmt der andere Vertragsstaat nicht zu, so werden sich die Vertragsstaaten bemühen, eine sich daraus ergebende Doppelbesteuerung durch Verständigung zu beseitigen.

(4) Gehören zu den Gewinnen Einkünfte, die in anderen Artikeln dieses Abkommens gesondert behandelt werden, so werden jene Artikel durch diesen Artikel nicht berührt.“

Artikel 8

Artikel 9 Absatz 2 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(2) Werden in einem Vertragsstaat den Gewinnen eines Unternehmens dieses Staates Gewinne zugerechnet – und entsprechend besteuert –, mit denen ein Unternehmen des anderen Vertragsstaats in diesem anderen Staat besteuert worden ist, und handelt es sich bei den zugerechneten Gewinnen um solche, die das Unternehmen des erstgenannten Staates erzielt hätte, wenn die zwischen den beiden Unternehmen vereinbarten Bedingungen die gleichen gewesen wären, die unabhängige Unternehmen miteinander vereinbaren würden, so nimmt der andere Staat eine entsprechende Änderung der dort von diesen Gewinnen erhobenen Steuer vor. Bei dieser Änderung sind die übrigen Bestimmun-

Artikel 6

Artikel 4 punkt 1 i avtalet utgår och ersätts av följande:

“1. Vid tillämpningen av detta avtal avser uttrycket “person med hemvist i en avtalsslutande stat” person som enligt lagstiftningen i denna stat är skattskyldig där på grund av domicil, bostättning, plats för företagsledning eller annan liknande omständighet och innefattar också denna stat, dess politiska underavdelningar eller lokala myndigheter. Detta uttryck inbegriper emellertid inte person som är skattskyldig i denna stat endast för inkomst från källa i denna stat eller för förmögenhet belägen där.”

Artikel 7

Artikel 7 i avtalet utgår och ersätts av följande:

“Artikel 7**Inkomst av rörelse**

1. Inkomst av rörelse, som företag i en avtalsslutande stat förvärvar, beskattas endast i denna stat, såvida inte företaget bedriver rörelse i den andra avtalsslutande staten från där beläget fast driftställe. Om företaget bedriver rörelse på nyss angivet sätt, får företagets inkomst som är hänförlig till det fasta driftstället beskattas i den andra staten i enlighet med bestämmelserna i punkt 2.

2. Vid tillämpningen av denna artikel och artikel 23, ska den inkomst som i vardera avtalsslutande staten är hänförlig till det fasta driftstället som avses i punkt 1 vara den inkomst som det kan antas att driftstället skulle ha förvärvat, särskilt med avseende på driftställets mellanhavanden med andra delar av företaget, om det hade varit ett fristående företag som bedrivit verksamhet av samma eller liknande slag under samma eller liknande villkor, med beaktande av de funktioner som utförts, tillgångar som har använts och risker som företaget har tagit genom det fasta driftstället och genom andra delar av företaget.

3. Om en avtalsslutande stat, i enlighet med punkt 2, justerar de inkomster som är hänförliga till ett fast driftställe för ett företag med hemvist i en av de avtalsslutande staterna, och därmed beskattar företaget för inkomster som har varit föremål för beskattning i den andra staten, ska denna andra avtalsslutande stat, i den utsträckning som är nödvändig för att undvika dubbelbeskattning avseende dessa inkomster, genomföra vederbörlig justering om den instämmer med den justering som gjorts av den förstnämnda staten. Om den andra avtalsslutande staten inte instämmer, ska de avtalsslutande staterna genom ömsesidig överenskommelse söka undanröja uppkommen dubbelbeskattning.

4. Om det i inkomst av rörelse ingår inkomst som behandlas särskilt i andra artiklar i detta avtal, berörs bestämmelserna i dessa artiklar inte av bestämmelserna i denna artikel.”

Artikel 8

Artikel 9 punkt 2 i avtalet utgår och ersätts av följande:

“2. I fall då en avtalsslutande stat i inkomsten för ett företag i denna stat inräknar – och i överensstämmelse därmed beskattar – inkomst, för vilken ett företag i den andra avtalsslutande staten beskattats i denna andra stat, samt den sålunda inräknade inkomsten är sådan som skulle ha tillkommit företaget i den förstnämnda staten om de villkor som avtalats mellan företagen hade varit sådana som skulle ha avtalats mellan av varandra oberoende företag, ska denna andra stat genomföra vederbörlig justering av det skattebelopp som påförts inkomsten där. Vid sådan justering iakttas övriga bestämmelser i detta avtal och de behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna ska vid behov

gen dieses Abkommens zu berücksichtigen; erforderlichenfalls werden die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten einander konsultieren.“

Artikel 9

In Artikel 15 Absatz 4 des Abkommens wird die Bezeichnung „Artikel 40“ durch die Bezeichnung „Artikel 39“ ersetzt.

Artikel 10

(1) In Artikel 19 Absätze 1 und 2 des Abkommens wird die Bezeichnung „einem seiner Länder,“ gestrichen.

(2) In Artikel 19 Absatz 3 des Abkommens wird die Bezeichnung „eines seiner Länder,“ gestrichen.

(3) Artikel 19 Absatz 4 Buchstabe a des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„a) (Aufgehoben)“.

(4) Der letzte Satz von Artikel 19 Absatz 4 des Abkommens wird aufgehoben.

Artikel 11

In Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe b) des Abkommens wird die Untergliederung in die Doppelbuchstaben aa) bis dd) durch die Ziffern 1) bis 4) ersetzt.

Artikel 12

Die Artikel 24 bis 28 des Abkommens werden gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 24 bis 28 (aufgehoben)“.

Artikel 13

Die Artikel 29 und 30 des Abkommens werden gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 29

Informationsaustausch

(1) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten tauschen die Informationen aus, die zur Durchführung dieses Abkommens oder zur Verwaltung oder Durchsetzung des innerstaatlichen Rechts betreffend Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, voraussichtlich erheblich sind, soweit die diesem Recht entsprechende Besteuerung nicht dem Abkommen widerspricht. Der Informationsaustausch ist durch die Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt.

(2) Alle Informationen, die ein Vertragsstaat nach Absatz 1 erhalten hat, sind ebenso geheim zu halten wie die aufgrund des innerstaatlichen Rechts dieses Staates beschafften Informationen und dürfen nur den Personen oder Behörden (einschließlich der Gerichte und Verwaltungsbehörden) zugänglich gemacht werden, die mit der Festsetzung oder Erhebung, der Vollstreckung oder Strafverfolgung, der Entscheidung über Rechtsbehelfe hinsichtlich der in Absatz 1 genannten Steuern oder mit der Aufsicht darüber befasst sind. Diese Personen oder Behörden dürfen die Informationen nur für diese Zwecke verwenden. Sie dürfen die Informationen in einem öffentlichen Gerichtsverfahren oder in einer Gerichtsentscheidung offenlegen. Ungeachtet der Sätze 1 bis 3 können Informationen, die ein Vertragsstaat erhalten hat, für andere Zwecke verwendet werden, wenn sie nach dem Recht beider Staaten für diese anderen Zwecke verwendet werden können und die zuständige Behörde des übermittelnden Staates dieser Verwendung zugestimmt hat.

(3) Die Absätze 1 und 2 sind nicht so auszulegen, als verpflichteten sie einen Vertragsstaat,

a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;

überlaggen med varandra.”

Artikel 9

I artikel 15 punkt 4 i avtalet utgår orden “artikel 40” och ersätts med orden “artikel 39”.

Artikel 10

1. I artikel 19 punkt 1 och 2 i avtalet utgår orden “delstater”.

2. I artikel 19 punkt 3 i avtalet utgår orden “delstater”.

3. Artikel 19 punkt 4 a) i avtalet utgår och ersätts av följande:

“a) (Upphävd)”

4. Sista meningen i artikel 19 punkt 4 i avtalet utgår.

Artikel 11

Punkterna aa)–dd) i artikel 23 punkt 1 b) omnumreras till 1)–4).

Artikel 12

Artiklarna 24–28 i avtalet utgår och ersätts av följande:

“Artiklarna 24–28 (Upphävda)”

Artikel 13

Artiklarna 29 och 30 i avtalet utgår och ersätts av följande:

“Artikel 29

Utbyte av upplysningar

1. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna ska utbyta sådana upplysningar som kan antas vara relevanta vid tillämpningen av bestämmelserna i detta avtal eller för administration eller verkställighet av intern lagstiftning i fråga om skatter av varje slag och beskaffenhet som tas ut för de avtalsslutande staterna eller för deras politiska underavdelningar eller lokala myndigheter, om beskattningen enligt denna lagstiftning inte strider mot avtalet. Utbytet av upplysningar begränsas inte av artiklarna 1 och 2.

2. Upplysningar som en avtalsslutande stat tagit emot enligt punkt 1 ska behandlas som hemliga på samma sätt som upplysningar som erhållits enligt den interna lagstiftningen i denna stat och får yppas endast för personer eller myndigheter (däri inbegripet domstolar och förvaltningsorgan) som fastställer, uppbär eller driver in de skatter som åsyftas i punkt 1 eller handlägger åtal eller överklagande i fråga om dessa skatter eller som utövar tillsyn över nämnda verksamheter. Dessa personer eller myndigheter får använda upplysningarna endast för sådana ändamål. De får yppa upplysningarna vid offentlig rättegång eller i domstolsavgöranden. Utan hinder av detta sätze 1 bis 3 får upplysningar som en avtalsslutande stat mottagit användas för andra ändamål när sådana upplysningar får användas för sådana andra ändamål enligt lagstiftningen i båda staterna och den behöriga myndigheten i den stat som lämnar upplysningarna ger tillstånd för sådan användning.

3. Bestämmelserna i punkterna 1 och 2 medför inte skyldighet för en avtalsslutande stat att:

a) vidta förvaltningsåtgärder som avviker från lagstiftning och administrativ praxis i denna avtalsslutande stat eller i den andra avtalsslutande staten,

- b) Informationen zu erteilen, die nach den Gesetzen oder im üblichen Verwaltungsverfahren dieses oder des anderen Vertragsstaats nicht beschafft werden können;
- c) Informationen zu erteilen, die ein Betriebs-, Geschäfts-, Gewerbe-, Handels- oder Berufsgeheimnis oder ein Geschäftsverfahren preisgeben würden oder deren Erteilung der öffentlichen Ordnung (ordre public) widerspräche.

(4) Ersucht ein Vertragsstaat gemäß diesem Artikel um Informationen, so nutzt der andere Vertragsstaat die ihm zur Verfügung stehenden Möglichkeiten zur Beschaffung der erbetenen Informationen, selbst wenn er diese Informationen für seine eigenen steuerlichen Zwecke nicht benötigt. Die in Satz 1 enthaltene Verpflichtung unterliegt den Beschränkungen nach Absatz 3, aber diese Beschränkungen sind nicht so auszulegen, als könnte ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil er kein innerstaatliches Interesse an diesen Informationen hat.

(5) Absatz 3 ist nicht so auszulegen, als könnte ein Vertragsstaat die Erteilung von Informationen nur deshalb ablehnen, weil sich die Informationen bei einer Bank, einem sonstigen Finanzinstitut, einem Bevollmächtigten, Vertreter oder Treuhänder befinden oder weil sie sich auf Eigentumsanteile an einer Person beziehen.

Artikel 30

Amtshilfe bei der Steuererhebung

(1) Die Vertragsstaaten leisten sich gegenseitige Amtshilfe bei der Erhebung von Steueransprüchen. Diese Amtshilfe wird durch die Artikel 1 und 2 nicht eingeschränkt. Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können durch Verständigung regeln, wie dieser Artikel durchzuführen ist.

(2) Der Ausdruck „Steueranspruch“ im Sinne dieses Artikels bedeutet einen Betrag, der aufgrund von Steuern jeder Art und Bezeichnung, die für Rechnung der Vertragsstaaten oder ihrer Gebietskörperschaften erhoben werden, geschuldet wird, soweit die entsprechende Besteuerung nicht diesem Abkommen oder anderen Übereinkünften, denen die Vertragsstaaten beigetreten sind, widerspricht, sowie mit diesem Betrag zusammenhängende Zinsen, Geldbußen sowie Vollstreckungskosten und Kosten für Sicherungsmaßnahmen.

(3) Ist ein Steueranspruch eines Vertragsstaats nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar und wird er von einer Person geschuldet, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Vollstreckung nicht verhindern kann, so wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates für die Zwecke der Erhebung von der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Der Steueranspruch wird von dem anderen Staat nach dessen Rechtsvorschriften über die Vollstreckung und Erhebung der eigenen Steuern erhoben, als handelte es sich bei dem Steueranspruch um einen Steueranspruch dieses anderen Staates.

(4) Handelt es sich bei einem Steueranspruch eines Vertragsstaats um einen Anspruch, bei dem dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung erlassen kann, so wird dieser Steueranspruch auf Ersuchen der zuständigen Behörde dieses Staates zum Zweck der Einleitung von Sicherungsmaßnahmen durch die zuständige Behörde des anderen Vertragsstaats anerkannt. Dieser andere Staat leitet in Übereinstimmung mit den eigenen Rechtsvorschriften Sicherungsmaßnahmen in Bezug auf diesen Steueranspruch ein, als wäre der Steueranspruch ein Steueranspruch dieses anderen Staates, selbst wenn der Steueranspruch im Zeitpunkt der Einleitung dieser Maßnahmen in dem erstgenannten Staat nicht vollstreckbar ist oder von einer Person geschuldet wird, die berechtigt ist, die Vollstreckung zu verhindern.

(5) Ungeachtet der Absätze 3 und 4 unterliegt ein von einem Vertragsstaat für die Zwecke des Absatzes 3 oder 4 anerkannter Steueranspruch als solcher in diesem Staat nicht den Verjährungsfristen oder den Bestimmungen über vorrangige Behand-

- b) lämna upplysningar som inte är tillgängliga enligt lagstiftning eller sedvanlig administrativ praxis i denna avtalsslutande stat eller i den andra avtalsslutande staten,
- c) lämna upplysningar som skulle röja affärshemlighet, industri-, handels- eller yrkeshemlighet eller i näringsverksamhet nyttjat föroringssätt eller upplysningar, vilkas överlämnande skulle strida mot allmänna hänsyn (ordre public).

4. Då en avtalsslutande stat begär upplysningar enligt denna artikel ska den andra avtalsslutande staten använda de medel som denna stat förfogar över för att inhämta de begärda upplysningarna, även om denna andra stat inte har behov av upplysningarna för sina egna beskattningsändamål. Förpliktelsen i föregående mening begränsas av bestämmelserna i punkt 3, men detta medför inte en rätt för en avtalsslutande stat att vägra lämna upplysningar uteslutande därför att denna stat inte har något eget intresse av sådana upplysningar.

5. Bestämmelserna i punkt 3 medför inte rätt för en avtalsslutande stat att vägra att lämna upplysningar uteslutande därför att upplysningarna innehas av en bank, annan finansiell institution, ombud, representant eller förvaltare eller därför att upplysningarna gäller äganderätt i en person.

Artikel 30

Bistånd vid indrivning av skatter

1. De avtalsslutande staterna ska bistå varandra vid indrivning av skattefordringar. Sådant bistånd begränsas inte av artiklarna 1 och 2. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna får träffa överenskommelse om den närmare tillämpningen av denna artikel.

2. Med uttrycket ”skattefordran” förstås i denna artikel en fordran på ett belopp avseende skatter av varje slag och beskaffenhet som tas ut för de avtalsslutande staterna, deras politiska underavdelningar eller lokala myndigheter, i den mån beskattningen inte strider mot detta avtal eller mot något annat instrument till vilket de avtalsslutande staterna är parter, samt ränta, administrativa straffavgifter och kostnader för indrivning eller säkringsåtgärd som hänför sig till sådant belopp.

3. När en skattefordran i en avtalsslutande stat är verkställbar enligt denna stats lagstiftning och fordran ska betalas av en person som enligt lagstiftningen i denna stat saknar rätt att vid denna tidpunkt förhindra dess indrivning, ska denna skattefordran, på begäran av den behöriga myndigheten i denna stat, erkännas för indrivning av den behöriga myndigheten i den andra avtalsslutande staten. Denna skattefordran ska drivas in av den andra staten enligt bestämmelserna i denna stats lagstiftning om verkställighet och indrivning som om fordran vore en av dess egna skattefordringar.

4. När en skattefordran i en avtalsslutande stat enligt dess lagstiftning kan bli föremål för säkringsåtgärder i syfte att säkerställa indrivningen ska denna skattefordran, på begäran av den behöriga myndigheten i denna stat, erkännas för vidtagande av säkringsåtgärder av den behöriga myndigheten i den andra avtalsslutande staten. Den andra staten ska vidta säkringsåtgärder avseende denna skattefordran enligt bestämmelserna i dess lagstiftning som om denna vore en av dess egna skattefordringar. Detta gäller även om skattefordringen vid tidpunkten då sådana åtgärder vidtas inte är verkställbar i den förstnämnda staten eller ska betalas av en person som har rätt att förhindra dess indrivning.

5. Utan hinder av bestämmelserna i punkterna 3 och 4 ska en skattefordran som erkänts av en avtalsslutande stat enligt punkt 3 eller 4, i denna stat inte omfattas av tidsfrister eller ges någon förmånsrätt som gäller för en skattefordran enligt lagstiftningen i

lung eines Steueranspruchs nach dem Recht dieses Staates. Auch hat ein Steueranspruch, der von einem Vertragsstaat für die Zwecke des Absatzes 3 oder 4 anerkannt wurde, in diesem Staat nicht den Vorrang, den dieser Steueranspruch nach dem Recht des anderen Vertragsstaats hat.

(6) Verfahren im Zusammenhang mit dem Bestehen, der Gültigkeit oder der Höhe eines Steueranspruchs eines Vertragsstaats können nicht bei den Gerichten oder Verwaltungsbehörden des anderen Vertragsstaats eingeleitet werden.

(7) Verliert der betreffende Steueranspruch, nachdem das Ersuchen eines Vertragsstaats nach Absatz 3 oder 4 gestellt wurde und bevor der andere Vertragsstaat den betreffenden Steueranspruch erhoben und an den erstgenannten Staat ausgezahlt hat,

- a) im Fall eines Ersuchens nach Absatz 3 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, der nach dem Recht dieses Staates vollstreckbar ist und von einer Person geschuldet wird, die zu diesem Zeitpunkt nach dem Recht dieses Staates die Vollstreckung nicht verhindern kann, oder
- b) im Fall eines Ersuchens nach Absatz 4 seine Eigenschaft als Steueranspruch des erstgenannten Staates, für den dieser Staat nach seinem Recht Maßnahmen zur Sicherung der Erhebung erlassen kann,

so teilt die zuständige Behörde des erstgenannten Staates dies der zuständigen Behörde des anderen Staates unverzüglich mit, und nach Wahl des anderen Staates setzt der erstgenannte Staat das Ersuchen aus oder nimmt es zurück.

(8) Dieser Artikel ist nicht so auszulegen, als verpflichtete er einen Vertragsstaat,

- a) Verwaltungsmaßnahmen durchzuführen, die von den Gesetzen und der Verwaltungspraxis dieses oder des anderen Vertragsstaats abweichen;
- b) Maßnahmen durchzuführen, die der öffentlichen Ordnung (*ordre public*) widersprechen;
- c) Amtshilfe zu leisten, wenn der andere Vertragsstaat nicht alle angemessenen Maßnahmen zur Erhebung oder Sicherung seines Steueranspruchs, die nach seinen Gesetzen oder seiner Verwaltungspraxis möglich sind, ausgeschöpft hat;
- d) Amtshilfe zu leisten, wenn der Verwaltungsaufwand für diesen Staat im Vergleich zum sich daraus ergebenden Vorteil für den anderen Vertragsstaat unverhältnismäßig hoch ist.“

Artikel 14

Artikel 31 bis 37 des Abkommens werden gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 31 bis 37 (aufgehoben)“.

Artikel 15

Artikel 38 Absatz 1 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„(1) Staatsangehörige eines Vertragsstaats dürfen im anderen Vertragsstaat keiner Besteuerung oder damit zusammenhängenden Verpflichtungen unterworfen werden, die anders oder belastender sind als die Besteuerung und die damit zusammenhängenden Verpflichtungen, denen Staatsangehörige des anderen Staates unter gleichen Verhältnissen insbesondere hinsichtlich der Ansässigkeit unterworfen sind oder unterworfen werden können. Satz 1 gilt ungeachtet des Artikels 1 auch für Personen, die in keinem Vertragsstaat ansässig sind.“

Artikel 16

(1) Artikel 39 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

denna stat på grund av fordringens art. En skattefordran som erkänts av en avtalsslutande stat enligt punkt 3 eller 4 ska inte heller ges förmånsrätt som gäller för denna skattefordran enligt lagstiftningen i den andra avtalsslutande staten.

6. Förfaranden som rör förekomsten, giltigheten eller den beloppsmässiga omfattningen av en skattefordran i en avtalsslutande stat ska inte anhängiggöras vid domstolar eller administrativa myndigheter i den andra avtalsslutande staten.

7. Om, efter det att en begäran gjorts av en avtalsslutande stat enligt punkt 3 eller 4 men innan den andra avtalsslutande staten drivit in och överfört skattefordran till den förstnämnda staten, den skattefordran det gäller upphör att vara

- a) i fall som avses i punkt 3, en skattefordran i den förstnämnda staten som är verkställbar enligt denna stats lagstiftning och som gäldenären enligt lagstiftningen i denna stat saknar rätt att vid denna tidpunkt förhindra indrivningen av, eller
- b) i fall som avses i punkt 4, en skattefordran i den förstnämnda staten som enligt dess lagstiftning kan bli föremål för säkringsåtgärder i syfte att säkerställa indrivningen,

ska den behöriga myndigheten i den förstnämnda staten utan dröjsmål underrätta den behöriga myndigheten i den andra staten om detta och i enlighet med vad den andra staten bestämmer ska den förstnämnda staten antingen vilandeförklara eller återkalla sin begäran.

8. Bestämmelserna i denna artikel medför inte skyldighet för en avtalsslutande stat att:

- a) vidta förvaltningsåtgärder som avviker från lagstiftning och administrativ praxis i denna avtalsslutande stat eller i den andra avtalsslutande staten,
- b) vidta åtgärder som skulle strida mot allmänna hänsyn (*ordre public*),
- c) lämna bistånd om den andra avtalsslutande staten inte vidtagit alla rimliga åtgärder för indrivning eller säkringsåtgärder som står till dess förfogande enligt dess lagstiftning eller administrativa praxis,
- d) lämna bistånd i fall där den administrativa bördan för denna stat uppenbart inte står i proportion till den nytta som står att vinna för den andra avtalsslutande staten.”

Artikel 14

Artiklarna 31–37 i avtalet utgår och ersätts av följande:

“Artiklarna 31–37 (Upphävda)”

Artikel 15

Artikel 38 punkt 1 i avtalet utgår och ersätts av följande:

“1. Medborgare i en avtalsslutande stat ska inte i den andra avtalsslutande staten bli föremål för beskattning eller därmed sammanhängande krav som är av annat slag eller mer tyngande än den beskattning och därmed sammanhängande krav som medborgare i denna andra stat under samma förhållanden, särskilt såvitt avser hemvist, är eller kan bli underkastade. Utan hinder av bestämmelserna i artikel 1 tillämpas denna bestämmelse även på personer som inte har hemvist i en avtalsslutande stat eller i båda avtalsslutande staterna.”

Artikel 16

1. Artikel 39 i avtalet utgår och ersätts av följande:

„Artikel 39

Verständigungsverfahren

(1) Ist eine Person der Auffassung, dass Maßnahmen eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten für sie zu einer Besteuerung führen oder führen werden, die diesem Abkommen nicht entspricht, so kann sie unbeschadet der nach dem innerstaatlichen Recht dieser Staaten vorgesehenen Rechtsbehelfe ihren Fall der zuständigen Behörde des Vertragsstaats, in dem sie ansässig ist, oder, sofern ihr Fall von Artikel 38 Absatz 1 erfasst wird, der zuständigen Behörde des Vertragsstaats unterbreiten, dessen Staatsangehöriger sie ist. Der Fall muss innerhalb von drei Jahren nach der ersten Mitteilung der Maßnahme unterbreitet werden, die zu einer dem Abkommen nicht entsprechenden Besteuerung führt.

(2) Hält die zuständige Behörde die Einwendung für begründet und ist sie selbst nicht in der Lage, eine befriedigende Lösung herbeizuführen, so wird sie sich bemühen, den Fall durch Verständigung mit der zuständigen Behörde des anderen Vertragsstaats so zu regeln, dass eine dem Abkommen nicht entsprechende Besteuerung vermieden wird. Die Verständigungsregelung ist ungeachtet der Fristen des innerstaatlichen Rechts der Vertragsstaaten durchzuführen.

(3) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten werden sich bemühen, Schwierigkeiten oder Zweifel, die bei der Auslegung oder Anwendung des Abkommens entstehen, durch Verständigung zu beseitigen. Sie können auch gemeinsam beraten, um eine Doppelbesteuerung in Fällen, die im Abkommen nicht behandelt sind, zu beseitigen.

(4) Die zuständigen Behörden der Vertragsstaaten können zur Herbeiführung einer Einigung im Sinne der Absätze 1 bis 3 unmittelbar miteinander verkehren.“

(2) Die Artikel 40 und 41 des Abkommens werden gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Artikel 40 und 41 (aufgehoben)“.

Artikel 17

(1) Artikel 43 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„a) wenn in den Vertragsstaaten Einkünfte oder Vermögen oder Teile davon unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zugeordnet werden und wenn aufgrund dieser unterschiedlichen Zuordnung die betreffenden Einkünfte oder Vermögenswerte doppelt besteuert oder nicht oder niedriger besteuert würden und sich im Fall doppelter Besteuerung dieser Konflikt nicht durch ein Verfahren nach Artikel 39 regeln lässt oder“.

(2) Artikel 43 Absatz 2 Buchstabe b des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„b) hinderte es einen Vertragsstaat, seine Regelungen zur Hinzurechnungsbesteuerung anzuwenden.“

(3) Artikel 43 Absatz 2 Buchstabe c des Abkommens wird aufgehoben.

(4) Artikel 43 Absatz 2 Satz 2 des Abkommens wird gestrichen und durch folgenden Wortlaut ersetzt:

„Führt Satz 1 zur Doppelbesteuerung, so beraten die zuständigen Behörden nach Artikel 39 Absatz 3, wie die Doppelbesteuerung zu vermeiden ist.“

(5) Nach Artikel 43 Absatz 3 des Abkommens wird folgender neuer Absatz 4 angefügt:

„(4) Ungeachtet der sonstigen Bestimmungen dieses Abkommens wird eine Vergünstigung nach dem Abkommen nicht für bestimmte Einkünfte oder Vermögenswerte gewährt, wenn unter Berücksichtigung aller maßgeblichen Tatsachen und Umstände die Feststellung gerechtfertigt ist, dass der Erhalt dieser Vergünstigung einer der Hauptzwecke einer Gestaltung oder Transaktion

“Artikel 39

Förfarandet vid ömsesidig överenskommelse

1. Om en person anser att en eller båda avtalsslutande staterna vidtagit åtgärder som för honom medför eller kommer att medföra beskattning som strider mot bestämmelserna i detta avtal, kan han, utan att det påverkar hans rätt att använda sig av de rättsmedel som finns i dessa staters interna rättsordningar, lägga fram saken för den behöriga myndigheten i den avtalsslutande stat där han har hemvist eller, om fråga är om tillämpning av artikel 38 punkt 1, i den avtalsslutande stat där han är medborgare. Saken ska läggas fram inom tre år från den tidpunkt då personen i fråga fick vetskap om den åtgärd som givit upphov till beskattning som strider mot bestämmelserna i avtalet.

2. Om den behöriga myndigheten finner invändningen grundad men inte själv kan få till stånd en tillfredsställande lösning, ska myndigheten söka lösa frågan genom ömsesidig överenskommelse med den behöriga myndigheten i den andra avtalsslutande staten i syfte att undvika beskattning som strider mot avtalet. Överenskommelse som träffats ska genomföras utan hinder av tidsgränser i de avtalsslutande staternas interna lagstiftning.

3. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna ska genom ömsesidig överenskommelse söka avgöra svårigheter eller tvivelsmål som uppkommer i fråga om tolkningen eller tillämpningen av avtalet. De kan även överlägga i syfte att undanröja dubbelbeskattning i fall som inte omfattas av detta avtal.

4. De behöriga myndigheterna i de avtalsslutande staterna kan träda i direkt förbindelse med varandra i syfte att träffa överenskommelse i de fall som angivits i föregående punkter.”

2. Artiklarna 40 och 41 i avtalet utgår och ersätts av följande:

“Artiklarna 40 och 41 (Upphävda)”

Artikel 17

1. Artikel 43 punkt 1 a) i avtalet utgår och ersätts av följande:

“a) de avtalsslutande staterna i fråga om inkomst eller förmögenhet eller delar därav tillämpar sinsemellan olika bestämmelser i avtalet och konsekvensen av denna olika tillämpning blir att inkomsten eller förmögenhetstillgången blir föremål för dubbelbeskattning, icke-beskattning eller lägre beskattning och – när det gäller dubbelbeskattning – frågan inte kan lösas genom förfarande enligt artikel 39, eller”

2. Artikel 43 punkt 2 b) i avtalet utgår och ersätts av följande:

“b) att det hindrar en avtalsslutande stat att tillämpa lagstiftning avseende delägare i utländska juridiska personer som är föremål för låg beskattning.”

3. Artikel 43 punkt 2 c) i avtalet utgår.

4. Den sista meningen i artikel 43 punkt 2 i avtalet utgår och ersätts av följande:

“Om bestämmelserna i föregående mening föranleder dubbelbeskattning ska de behöriga myndigheterna överlägga enligt bestämmelserna i artikel 39 punkt 3 om att undvika dubbelbeskattning.”

5. Följande nya punkt 4 infogas efter punkt 3 i artikel 43 i avtalet:

“4. Utan hinder av övriga bestämmelser i detta avtal ska en förmån enligt avtalet inte ges i fråga om en inkomst eller en förmögenhetstillgång, om det med hänsyn till alla relevanta fakta och omständigheter rimligen kan antas att ett av de huvudsakliga syftena med det arrangemang eller den transaktion som direkt eller indirekt resulterade i förmånen var att få förmånen, såvida

war, die unmittelbar oder mittelbar zu dieser Vergünstigung geführt hat, es sei denn, es wird nachgewiesen, dass die Gewährung dieser Vergünstigung unter diesen Umständen mit dem Ziel und Zweck der einschlägigen Bestimmungen des Abkommens im Einklang steht.“

Artikel 18

Nach Artikel 45 des Abkommens wird folgender neuer Artikel 45a eingefügt:

„Artikel 45a Protokoll

Das angefügte Protokoll ist Bestandteil dieses Abkommens.“

Artikel 19

- (1) Artikel 47 Buchstabe b des Abkommens wird aufgehoben.
- (2) Artikel 47 Buchstabe c des Abkommens wird Buchstabe b.

Artikel 20

Dem Abkommen wird folgendes neues Protokoll angefügt:

„Protokoll zu dem Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Beseitigung der Doppelbesteuerung auf dem Gebiet der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie zur Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung

Die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich Schweden haben die nachstehenden Bestimmungen vereinbart, die Bestandteil des Abkommens sind:

1. Zur Anwendung des Abkommens im Allgemeinen

Es wird klargestellt, dass der Ausdruck „Vertragsstaat“ im Fall der Bundesrepublik Deutschland auch die Länder umfasst. Der Ausdruck „Länder“ bedeutet die Länder nach dem Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.

2. Zu Artikel 1 Absatz 2 und Artikel 10

Es besteht Einvernehmen darüber, dass, wenn Dividenden, die von steuerlich transparenten Rechtsträgern oder Gebilden oder über steuerlich transparente Rechtsträger oder Gebilde bezogen werden, für Zwecke der Besteuerung durch einen Vertragsstaat als Einkünfte einer in diesem Staat ansässigen Person gelten, Artikel 10 anzuwenden ist, als hätte diese ansässige Person die Dividenden unmittelbar bezogen.“

Artikel 21

Die Anlage zum Abkommen wird aufgehoben.

Artikel 22

(1) Dieses Änderungsprotokoll bedarf der Ratifikation; die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich ausgetauscht.

(2) Dieses Änderungsprotokoll tritt am dreißigsten Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft. Das Abkommen in der durch dieses Änderungsprotokoll geänderten Fassung ist daraufhin anzuwenden

- a) bei den im Abzugsweg erhobenen Steuern auf die Beträge, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahres gezahlt oder gutgeschrieben werden, das dem Tag folgt, an dem dieses Änderungsprotokoll in Kraft tritt;
- b) bei den übrigen Steuern vom Einkommen und den Steuern vom Vermögen auf die Steuern, die für Veranlagungszeiträume erhoben werden, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahres beginnen, das dem Tag folgt, an dem dieses Änderungsprotokoll in Kraft tritt;

det inte fastställs att det under omständigheterna är förenligt med de relevanta bestämmelsernas ändamål och syfte att förmånen ges.”

Artikel 18

Följande nya artikel ska infogas efter artikel 45 i avtalet:

“Artikel 45a Protokoll

Det bifogade protokollet ska utgöra en integrerande del av avtalet.”

Artikel 19

1. Artikel 47 punkt b) i avtalet utgår.
2. Punkt c) i artikel 47 omnumreras till punkt b).

Artikel 20

Följande nya protokoll ska fogas till avtalet:

“Protokoll till avtalet mellan Förbundsrepubliken Tyskland och Konungariket Sverige för undvikande av dubbelbeskattning beträffande skatter på inkomst och på förmögenhet samt förhindrande av skatteflykt och skatteundandragande

Förbundsrepubliken Tyskland och Konungariket Sverige har kommit överens om följande bestämmelser, vilka ska utgöra en integrerande del av avtalet:

1. *Avseende tillämpningen av avtalet*

I fråga om Förbundsrepubliken Tyskland förtydligas att uttrycket ”avtalsslutande stat” omfattar de tyska delstaterna (”Länder”) enligt tysk grundlag.

2. *Avseende artikel 1 punkt 2 och artikel 10*

Om utdelning som uppbärs av eller via en person eller ett arrangemang som är föremål för delägarbeskattning enligt skattelagstiftningen i en avtalsslutande stat, anses förvärvat av en person med hemvist i den staten, ska artikel 10 tillämpas som om personen med hemvist erhöll utdelningen direkt.”

Artikel 21

Bilagan till avtalet utgår.

Artikel 22

1. Detta ändringsprotokoll ska ratificeras och ratifikationsinstrumenten ska utväxlas så snart som möjligt.

2. Detta ändringsprotokoll träder i kraft den trettionde dagen efter det att ratifikationsinstrumenten har utväxlats. Avtalet såsom ändrat av detta ändringsprotokoll ska därefter tillämpas:

- a) i fråga om källskatter, på belopp som betalas eller tillgodoförs den 1 januari det kalenderår som följer närmast efter den dag då detta ändringsprotokoll träder i kraft eller senare,
- b) i fråga om andra skatter på inkomst och skatter på förmögenhet, på skatt som påförs för beskattningsperiod som börjar den 1 januari det kalenderår som följer närmast efter den dag då detta ändringsprotokoll träder i kraft eller senare,

- c) bei der Erbschaftsteuer auf Nachlässe von Personen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahres sterben, das dem Tag folgt, an dem dieses Änderungsprotokoll in Kraft tritt;
- d) bei der Schenkungsteuer auf Schenkungen, die am oder nach dem 1. Januar des Kalenderjahres ausgeführt werden, das dem Tag folgt, an dem dieses Änderungsprotokoll in Kraft tritt.

(3) Ungeachtet des Absatzes 2 werden die Artikel 29 und 30 des Abkommens in der durch Artikel 13 dieses Änderungsprotokolls geänderten Fassung ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Änderungsprotokolls wirksam, unabhängig von dem Veranlagungszeitraum, auf den sich der Sachverhalt oder Steueranspruch bezieht.

Geschehen zu Stockholm am 18. Januar 2023 in zwei Urschriften, jede in deutscher und schwedischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

- c) i fråga om arvskatt, på kvarlåtenskap efter person som avlider den 1 januari det kalenderår som följer närmast efter den dag då detta ändringsprotokoll träder i kraft eller senare,
- d) i fråga om gåvoskatt, på gåva som sker den 1 januari det kalenderår som följer närmast efter den dag då detta ändringsprotokoll träder i kraft eller senare.

3. Utan hinder av bestämmelserna i punkt 2, ska bestämmelserna i artiklarna 29 och 30 i avtalet, såsom ändrade av artikel 13 i detta ändringsprotokoll, tillämpas från och med den dag då ändringsprotokollet träder i kraft, oavsett vilken beskattningsperiod som frågan eller beskattningsanspråket hänför sig till.

Som skedde i Stockholm den 18 januari 2023 i två exemplar på tyska och svenska språken, vilka båda texter äger lika vitsord.

Für die Bundesrepublik Deutschland
För Förbundsrepubliken Tyskland
Dr. Joachim Bertele

Für das Königreich Schweden
För Konungariket Sverige
Carolina Lindholm

Denkschrift

I. Allgemeines

Das in Stockholm am 18. Januar 2023 unterzeichnete Änderungsprotokoll ändert das Abkommen vom 14. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern (Deutsch-schwedisches Steuerabkommen) (BGBl. 1994 II S. 686, 687).

Die Inhalte des Änderungsprotokolls beruhen im Wesentlichen auf den Arbeiten im Rahmen des Mehrseitigen Übereinkommens vom 24. November 2016 zur Umsetzung steuerabkommensbezogener Maßnahmen zur Verhinderung der Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (Multilaterales Instrument – MLI) (BGBl. 2020 II S. 946, 947), das am 7. Juni 2017 durch die Bundesrepublik Deutschland unterzeichnet wurde und für die Bundesrepublik Deutschland am 1. April 2021 in Kraft getreten ist. Ziel ist es, die abkommensbezogenen Empfehlungen des gemeinsamen Projekts der OECD und der G20 zur Gewinnverkürzung und Gewinnverlagerung (OECD (2013) Action Plan on Base Erosion and Profit Shifting – BEPS) – insbesondere des Mindeststandards in Aktionspunkt 6 (Vermeidung von Abkommensmissbrauch) – in die zwischen den beigetretenen Staaten bestehenden Doppelbesteuerungsabkommen (DBA) zu implementieren. Für die Wirkung des MLI ist entscheidend, welche Auswahlentscheidungen die einzelnen Unterzeichnerstaaten getroffen haben und inwieweit eine Übereinstimmung der Auswahlentscheidungen im jeweiligen bilateralen Verhältnis vorliegt („matching“).

Deutschland und Schweden haben sich darauf verständigt, die Inhalte des MLI im Wege eines bilateralen Protokolls zur Änderung des bestehenden Abkommens umzusetzen. Daher haben beide Staaten bei Ratifikation des MLI das Abkommen vom 14. Juli 1992 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Königreich Schweden zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei den Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie bei den Erbschaft- und Schenkungsteuern und zur Leistung gegenseitigen Beistands bei den Steuern (Deutsch-schwedisches Steuerabkommen) nicht als vom MLI erfasstes Doppelbesteuerungsabkommen („covered tax agreement“) aufgeführt.

Darüber hinaus sollen mit diesem Protokoll weitere Anpassungen des Abkommens vom 14. Juli 1992 an den derzeitigen internationalen Standard – insbesondere im Bereich des Informationsaustausches und der Gewinnzuordnung bei Betriebsstätten –, an die aktuelle deutsche Verhandlungspolitik und an zwischenzeitliche Änderungen des jeweiligen rein nationalen Rechts vorgenommen werden.

II. Besonderes

Zu Artikel 1

Artikel 1 ersetzt den Wortlaut des Titels des Abkommens. Durch die zusätzliche Bezugnahme auf die Verhinderung der Steuerverkürzung und -umgehung entspricht dieser dem derzeit aktuellen OECD-Musterabkommen 2017.

Damit wird ein BEPS-Mindeststandard zu Aktionspunkt 6 umgesetzt, welcher vorsieht, dass bereits im Titel eindeutig zum Ausdruck gebracht werden soll, dass das Doppelbesteuerungsabkommen neben der Vermeidung einer Doppelbesteuerung auch Steuerverkürzung und -umgehung verhindern soll. Gemeinsam mit der entsprechenden Ergänzung der Präambel soll die eindeutige Absichtsbekundung der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs Schweden für die Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Abkommens gemäß Artikel 31 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge (WÜRV) auch im Hinblick auf die Verhinderung von Steuerverkürzung und -umgehung maßgeblich sein.

Zudem erfolgt nicht länger die Bezugnahme auf die Erbschaft- und Schenkungsteuern (siehe auch zu Artikel 12).

Zu Artikel 2

Dieser Artikel ersetzt den Wortlaut der Präambel des Abkommens. Im Vergleich zum bisherigen Wortlaut der Präambel enthält der neue Wortlaut analog zur Ergänzung des Titels die Zielsetzung der Verhinderung von Steuerverkürzung und -umgehung (unter anderem durch missbräuchliche Gestaltung).

Damit wird ein BEPS-Mindeststandard zu Aktionspunkt 6 umgesetzt, welcher vorgibt, dass bereits in der Präambel eindeutig zum Ausdruck gebracht werden soll, dass das Doppelbesteuerungsabkommen neben der Vermeidung einer Doppelbesteuerung auch Steuerverkürzung und -umgehung verhindern soll. Gemeinsam mit der entsprechenden Ergänzung im Titel soll die eindeutige Absichtsbekundung der Bundesrepublik Deutschland und des Königreichs Schweden für die Auslegung und Anwendung der Bestimmungen des Abkommens gemäß Artikel 31 des Wiener Übereinkommens über das Recht der Verträge (WÜRV) auch im Hinblick auf die Verhinderung von Steuerverkürzung und -umgehung maßgeblich sein.

Zu Artikel 3

Dieser Artikel ersetzt den bisherigen Artikel 1 des Abkommens und regelt entsprechend dem OECD-Musterabkommen nun den persönlichen Anwendungsbereich des Abkommens. Die bisherige Regelung des Artikels 1 des Abkommens ist aufgrund von verschiedenen Anpassungen des Abkommens an den derzeitigen internationalen Standard nicht länger erforderlich.

Die Absichtsbekundung, wonach die Vertragsstaaten zusammenwirken sollen um Doppelbesteuerung zu vermeiden, ist mit Änderung des Titels (siehe zu Artikel 1) und der Präambel (siehe zu Artikel 2) weiterhin Bestandteil des Abkommens. Die Pflicht zur gegenseitigen Information über Änderungen in ihrem jeweiligen nationalen Steuerrecht wurde in die Neufassung des Artikels 2 des Abkommens aufgenommen (siehe zu Artikel 4).

Der durch diesen Artikel neu gefasste Artikel 1 des Abkommens bestimmt in seinem Absatz 1 den Personenkreis für den das Abkommen gilt. Sein Absatz 2 regelt die Gewährung von Abkommensvergünstigungen, wenn Einkünfte von Rechtsträgern oder Gebilden oder über Rechtsträger oder Gebilde bezogen werden, die nach dem Steuerrecht eines Vertragsstaats oder beider Vertragsstaaten als vollständig oder teilweise transparent gel-

ten, d. h. die jeweiligen Einkünfte werden nicht bei ihnen besteuert, sondern bei einer an ihnen beteiligten Person. Solche Einkünfte gelten für die Anwendung des Abkommens, ungeachtet der Vorschriften des nationalen Rechts des jeweiligen Vertragsstaats, als Einkünfte einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person, jedoch nur insoweit, als die Einkünfte einer in diesem Staat ansässigen Person für steuerliche Zwecke zugerechnet werden. Damit ist einerseits die Gewährung von Abkommensvergünstigungen nicht ausgeschlossen, wenn Einkünfte von Rechtsträgern oder anderen Gebilden bezogen werden, die steuerlich als transparent gelten, und andererseits kann ihre Nutzung nicht zu Abkommensvergünstigungen führen für Einkünfte, die nach innerstaatlichem Recht keiner ansässigen Person zuzurechnen sind. Absatz 2 spricht neben Rechtsträgern, die vollständig oder teilweise als transparent gelten, auch von Gebilden. Damit sind insbesondere nicht rechtsfähige Personenzusammenschlüsse und Vermögensmassen gemeint. Diese Regelung wird ergänzt um die Protokollziffer 2 des Protokolls zum Abkommen, welches durch Artikel 20 dem Abkommen angefügt wird. Danach ist in diesen Fällen Artikel 10 des Abkommens so anzuwenden, als hätte die Person, der die Dividende zugerechnet wird, die Dividende unmittelbar bezogen.

Zu Artikel 4

Dieser Artikel ersetzt Artikel 2 des Abkommens. Der neu gefasste Artikel 2 des Abkommens entspricht damit weitestgehend dem OECD-Musterabkommen und bestimmt, welche Steuern beider Vertragsstaaten unter das Abkommen fallen (sachlicher Anwendungsbereich). Dabei werden die derzeit bestehenden Steuern beider Vertragsstaaten, die bislang in der Anlage zum Abkommen aufgelistet waren (siehe zu Artikel 21), benannt. Die Bestimmungen des Geltungsbereichs für die Erbschaft- und Schenkungsteuern sind hingegen nicht länger erforderlich (siehe auch zu Artikel 12). Zudem enthält der neu gefasste Artikel 2 des Abkommens in seinem Absatz 4 die bislang in Artikel 1 des Abkommens enthaltene Pflicht zur gegenseitigen Information über Änderungen in ihrem jeweiligen nationalen Steuerrecht.

Zu Artikel 5

Mit Absatz 1 dieses Artikels wird die sogenannte Territorialklausel der Bundesrepublik Deutschland neu gefasst. Es erfolgt eine Anpassung entsprechend der aktuell den Verhandlungen im Bereich der Doppelbesteuerungsabkommen zugrunde liegenden Vertragsstaatendefinition.

Mit Absatz 2 dieses Artikels wird die sogenannte Territorialklausel des Königreichs Schweden neu gefasst.

Mit Absatz 3 wird die Definition des Ausdrucks „Vermögen, das Teil des Nachlasses oder einer Schenkung einer in einem Vertragsstaat ansässigen Person ist“ gestrichen. Diese ist aufgrund der Streichung der Bestimmungen zur Vermeidung der Doppelbesteuerung bei Erbschaft- und Schenkungsteuern (siehe zu Artikel 12) nicht länger erforderlich. Darüber hinaus wird die Nummerierung der Unterabsätze zu den Definitionen der Ausdrücke „Staatsangehöriger“ und „zuständige Behörde“ in Bezug auf die Bundesrepublik Deutschland und das Königreich Schweden angepasst.

Mit Absatz 4 wird die Auslegungsregelung für im Abkommen nicht definierte Ausdrücke, die auf das innerstaatliche Recht als subsidiärer Auslegungsquelle ver-

weist, soweit der Abkommenszusammenhang keine andere Auslegung erfordert, an den derzeitigen internationalen Standard gemäß Artikel 3 Absatz 2 des OECD-Musterabkommens 2017 angepasst.

Zu Artikel 6

Dieser Artikel ersetzt den bisherigen Wortlaut des Artikels 4 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens. Die Neufassung entspricht dem internationalen Standard des Artikels 4 Absatz 1 des OECD-Musterabkommens 2017 und stellt ergänzend klar, dass auch die Vertragsstaaten und ihre Gebietskörperschaften Ansässigkeitsstatus haben. Die bisher enthaltene Definition der ansässigen Person für Zwecke der Erbschaft- und Schenkungsteuer ist darüber hinaus nicht länger erforderlich (siehe auch zu Artikel 12).

Zu Artikel 7

Dieser Artikel regelt die Besteuerung von Unternehmensgewinnen und ersetzt den bisherigen Wortlaut des Artikels 7 des Abkommens. Die OECD-Mitgliedstaaten haben sich darauf geeinigt, den Fremdvergleichsgrundsatz, wie er für rechtlich selbständige, verbundene Unternehmen in Artikel 9 des OECD-Musterabkommens 2017 niedergelegt ist, auch auf die Verhältnisse zwischen einem Unternehmen und seiner in einem anderen Staat gelegenen Betriebsstätte anzuwenden. Der neugefasste Artikel 7 des Abkommens folgt weitgehend der aktuellen Fassung des OECD-Musterabkommens 2017 und ermöglicht so die Abgrenzung der einer Betriebsstätte zuzurechnenden Gewinne entsprechend den Empfehlungen der OECD. In den Absätzen 1 bis 3 wird der neue OECD-Standard („Authorized OECD Approach – AOA“) umgesetzt. Zu diesem Zweck haben sich die Vertragsstaaten für die in dem Kommentar der OECD zu Artikel 7 Absatz 3 OECD-Musterabkommen 2017 angebotene Form der Gewinnberichtigung bei Betriebsstätten entschieden. Danach erfolgt im anderen Staat eine angemessene Berichtigung des Gewinns entweder einvernehmlich oder im Rahmen eines Verständigungsverfahrens.

Zu Artikel 8

Dieser Artikel ersetzt den bisherigen Artikel 9 Absatz 2 des Abkommens. Damit entspricht diese Regelung dem Wortlaut des Artikels 9 Absatz 2 OECD-MA 2017. Danach soll zur Vermeidung einer Doppelbelastung infolge einer Gewinnberichtigung im Sinne des Artikels 9 Absatz 1 des Abkommens der andere Vertragsstaat eine Gegenberichtigung vornehmen. Für eine übereinstimmende Abgrenzung der Gewinne zwischen verbundenen Unternehmen eröffnet Artikel 39 des Abkommens, welcher durch Artikel 16 angepasst wird, die Möglichkeit eines Verständigungsverfahrens.

Zu Artikel 9

Dieser Artikel aktualisiert den Verweis in Artikel 15 Absatz 4 des Abkommens auf den Artikel zum Verständigungsverfahren.

Zu Artikel 10

Dieser Artikel nimmt Anpassungen in Artikel 19 des Abkommens vor.

Mit den Absätzen 1 und 2 wird der Verweis auf die Länder gestrichen. Dieser ist aufgrund der Ergänzung einer allgemeinen Protokollziffer, dass der Ausdruck Vertragsstaat im Fall der Bundesrepublik Deutschland auch die Länder umfasst (siehe zu Artikel 20), nicht länger erforderlich.

Mit Absatz 3 wird die Regelung des Artikels 19 Absatz 4 Buchstabe a des Abkommens gestrichen. Vergütungen der Deutschen Bundesbank sind bereits von Artikel 19 Absatz 1 des Abkommens erfasst, da diese eine juristische Person des öffentlichen Rechts ist. Dies gilt auch für Vergütungen der genannten schwedischen Gesellschaften. Die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost sind mittlerweile privatisiert und sind somit nicht mehr vom Kassenstaatsartikel zu erfassen.

Mit Absatz 4 wird der letzte Satz von Artikel 19 Absatz 4 des Abkommens aufgrund der Änderungen durch Absatz 3 dieses Artikels aufgehoben.

Zu Artikel 11

Dieser Artikel ändert die Bezeichnung der Untergliederung in Artikel 23 Absatz 1 Buchstabe b des Abkommens. Die Änderung dient der Einheitlichkeit des Abkommens.

Zu Artikel 12

Dieser Artikel hebt die Artikel 24 bis 28 auf. Die Bestimmungen zur Vermeidung einer Doppelbesteuerung bei Erbschafts- und Schenkungsteuern sind nicht länger erforderlich, da Schweden seit 2004 keine Erbschaft- und Schenkungsteuer erhebt.

Zu Artikel 13

Mit diesem Artikel werden die Artikel 29 (nun Informationsaustausch) und 30 (nur Amtshilfe bei der Beitreibung) des Abkommens neu gefasst.

Mit dem neu gefassten Artikel 29 des Abkommens wird der internationale Standard zum Informationsaustausch entsprechend Artikel 26 des OECD-Musterabkommens 2017 implementiert. Der Schutz personenbezogener Daten beim Informationsaustausch ist durch die EU-Datenschutz-Grundverordnung sichergestellt. Der Informationsaustausch erfolgt über die zuständigen Behörden. Für Deutschland ist das Bundeszentralamt für Steuern zuständige Behörde für die Durchführung der Amtshilfe (§ 5 Absatz 1 Nummer 5 FVG).

Mit dem neu gefassten Artikel 30 des Abkommens wird der internationale Standard zur Amtshilfe bei der Steuererhebung entsprechend Artikel 27 des OECD-Musterabkommens 2017 implementiert.

Zu Artikel 14

Dieser Artikel hebt die Artikel 31 bis 37 des Abkommens auf. Diese sind aufgrund der Anpassung der Regelungen zur bilateralen Amtshilfe (siehe zu Artikel 13) nicht länger erforderlich.

Zu Artikel 15

Mit diesem Artikel wird die Regelung des Artikels 38 Absatz 1 des Abkommens ersetzt. Im Vergleich zur bisherigen Fassung werden die aufgrund der Neufassung des

Artikels 1 des Abkommens (siehe zu Artikel 3) erforderlichen Anpassungen vorgenommen.

Zu Artikel 16

Dieser Artikel ersetzt die bisherigen Bestimmungen zu den Konsultations- und Verständigungsverfahren des Abkommens durch den derzeitigen internationalen Standard.

Mit Absatz 1 wird Artikel 39 des Abkommens an den derzeitigen internationalen Standard zu den Konsultations- und Verständigungsverfahren nach dem OECD-Musterabkommen 2017 angepasst. Damit wird auch der BEPS-Mindeststandard zu Aktionspunkt 14 umgesetzt. Eine Schiedsklausel wird hingegen nicht eingeführt, da innerhalb der Europäischen Union nach der Richtlinie (EU) 2017/1852 des Rates vom 10. Oktober 2017 über Verfahren zur Beilegung von Besteuerungsstreitigkeiten in der Europäischen Union (Streitbeilegungsrichtlinie) sowie nach dem Übereinkommen über die Beseitigung der Doppelbesteuerung im Falle von Gewinnberichtigungen zwischen verbundenen Unternehmen (90/436/EWG) bereits entsprechende Verfahren für die Steuerpflichtigen zur Verfügung stehen.

Absatz 2 hebt die Artikel 31 bis 37 des Abkommens auf. Diese sind aufgrund der Anpassung der Regelungen zu den Konsultations- und Verständigungsverfahren durch Absatz 1 nicht länger erforderlich.

Zu Artikel 17

Mit diesem Artikel wird der Artikel 43 des Abkommens geändert.

Mit Absatz 1 wird die bisherige Regelung des Artikels 43 Absatz 1 Buchstabe a des Abkommens ersetzt. Die sogenannte Switch-Over-Regelung in Fällen, in denen sich die Doppelbesteuerung daraus ergibt, dass die Vertragsstaaten die Einkünfte unterschiedlichen Abkommensbestimmungen zuordnen, wird entsprechend der aktuellen deutschen Abkommenspolitik angepasst. Die Regelung verweist nun sowohl auf Einkünfte oder Vermögen als auch auf Teile davon.

Mit Absatz 2 wird der bisher in Artikel 43 Absatz 2 Buchstabe b des Abkommens einseitig für die Bundesrepublik Deutschland formulierte Vorbehalt zur Anwendung der jeweiligen nationalen Regelungen zur Hinzurechnungsbesteuerung für beide Vertragsstaaten formuliert.

Mit Absatz 3 wird Artikel 43 Absatz 2 Buchstabe c des Abkommens aufgehoben. Der Vorbehalt der Anwendung der schwedischen Regelungen zur Hinzurechnungsbesteuerung ist durch die Neufassung des Buchstaben b sichergestellt.

Mit Absatz 4 wird Artikel 43 Absatz 2 Satz 2 des Abkommens aufgrund der Neufassung der bisherigen Bestimmungen zu den Konsultations- und Verständigungsverfahren (siehe zu Artikel 16) angepasst.

Absatz 5 ergänzt das Abkommen um eine allgemeine Missbrauchsvermeidungsklausel, die auf ein Hauptzweckkriterium abstellt (Principal Purposes Test – PPT). Danach können Vergünstigungen nach dem Abkommen in den Fällen versagt werden, in denen eine Gewährung dieser Vergünstigungen unangemessen wäre. Diese Regelung entspricht dem sogenannten BEPS-Mindeststandard zu Aktionspunkt 6.

Zu Artikel 18

Mit diesem Artikel wird das Abkommen um einen Artikel ergänzt, welcher klarstellt, dass das angefügte Protokoll (siehe zu Artikel 20) Bestandteil des Abkommens ist.

Zu Artikel 19

Mit Absatz 1 wird die Regelung zum Außerkrafttreten des Abkommens für die Erbschaft- und Schenkungsteuern in Artikel 47 Buchstabe b des Abkommens aufgehoben. Diese ist aufgrund der Streichung der Regelungen zur Erbschaft- und Schenkungsteuern (siehe Artikel 12) nicht länger erforderlich.

Mit Absatz 2 wird Artikel 47 Buchstabe c des Abkommens zu Artikel 47 Buchstabe b des Abkommens.

Zu Artikel 20

Dieser Artikel ergänzt das Abkommen um ein Protokoll zum Abkommen (siehe auch zu Artikel 18).

Mit der Protokollziffer 1 wird klargestellt, dass der Ausdruck „Vertragsstaat“ im Fall der Bundesrepublik Deutschland immer auch die Länder umfasst.

Nach Protokollziffer 2 ist in Fällen des Artikels 1 Absatz 2 des Abkommens (siehe zu Artikel 3) Artikel 10 VG so anzuwenden, als hätte die Person, der die Dividende zugerechnet wird, die Dividende unmittelbar bezogen.

Zu Artikel 21

Dieser Artikel hebt die Anlage zum Abkommen auf. Die Steuern für die das Abkommen anzuwenden ist, sind in dem neu gefassten Artikel 2 des Abkommens (siehe zu Artikel 4) aufgeführt.

Zu Artikel 22

Dieser Artikel regelt in Absatz 1 die Ratifikation und in Absatz 2 das Inkrafttreten sowie die zeitliche Anwendung des Änderungsprotokolls. Hiernach tritt das Änderungsprotokoll am dreißigsten Tag nach dem Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft und ist für beide Vertragsstaaten grundsätzlich ab dem 1. Januar des Jahres anzuwenden, das auf das Jahr des Inkrafttretens folgt. Absatz 3 sieht abweichend davon vor, dass die Regelungen zum bilateralen Informationsaustausch bereits ab dem Tag des Inkrafttretens dieses Änderungsprotokolls wirksam werden.